

Sektion I:

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN WELTWEITER SICHT

VON GABRIELE WÜLKER

Für die Diskussionen der Sektion I „Wirtschaftliche Entwicklung in weltweiter Sicht“ hatte Visser 't Hooft mit seiner Analyse der „Verantwortlichen Weltgemeinschaft“ den Rahmen gesteckt und die Richtung gegeben. Er zeigte die wachsende Kluft zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden als größte Bedrohung des Friedens auf. Nationen, in denen der christliche Glaube vorherrschend ist, seien noch immer nicht bereit zu erkennen, daß wir durch die gegenwärtigen Formen von Regierungshilfen und Spenden der Kirchen einer Lösung des Problems nicht wirklich näherkommen, denn „es fehlt in erster Linie an einer dynamischen sittlichen Überzeugung von unserer unausweichlichen Pflicht auf diesem Gebiet“. So forderte er einen radikalen strukturellen Wandel der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, „eine weltumfassende Solidarität“, „einen Weg zur Weltgemeinschaft“.

In diesem Zusammenhang hatte neben zahlreichen anderen Stellungnahmen das aufregende Referat von Professor Richard Shaull (USA) „Die revolutionäre Herausforderung an Kirche und Theologie“ für die Diskussionen besondere Bedeutung. Er nannte die christliche Existenz eine „revolutionäre Existenz“; da die Gottes-herrschaft Gerechtigkeit fordere, müsse die Kirche revolutionäre Situationen ernst nehmen und notfalls den sozialen Umbruch sogar hervorrufen. „Entwicklung ist nicht nur eine Frage des raschen technischen Fortschritts und der Industrialisierung, sondern der Veränderung des gesamten Komplexes der Faktoren, die die feudalen und kolonialen Ordnungen ausmachen“. Das sagte er im Hinblick auf Brasilien ebenso wie im Hinblick auf die Slums nordamerikanischer Großstädte, in denen der Kampf um die Bürgerrechte ein Indiz dieses Strukturwandels ist.

So war es nicht verwunderlich, wenn die Problematik des Gegensatzes zwischen reichen und armen Ländern, die Gegenstand der Diskussionen in der Sektion I war, den Radikalismus afrikanischer und asiatischer Vertreter auf den Plan rief. Verwunderlich war es hingegen, daß auf deren heftige und radikale Vorwürfe und daher oft nicht sachgerechte Forderungen seitens der Vertreter der Industrieländer zumeist nichts erwidert wurde. Man mußte sich fragen, ob dieses Schweigen auf Schuldgefühle und Unsicherheit zurückzuführen war, oder aber ob es ein Ausdruck dessen war, daß man die Argumente und damit die Opponenten nicht ernst genug nahm. Gerade das wäre unrichtig, denn „Solidarität“ und „Weltgemein-

schaft“ haben Ehrlichkeit und die gegenseitige, nicht die einseitige Kritik zur Voraussetzung.

In einem vorbereitenden Kommentar war die Sektion unter dem Titel „Ethical Implications of Economic Growth“ angekündigt worden. Die Vermutung liegt nahe, daß mit der Änderung der Themenstellung eine mehr säkulare Sicht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Vorgänge angestrebt werden sollte. Trotzdem hatte man bisweilen in den Diskussionen die Sorge, daß ökonomische Fakten durch politische Emotionen und Ressentiments verschleiert wurden. Die ethischen Verpflichtungen und damit verbundene Forderungen an die Industrieländer wurden gleichwohl mit aller Schärfe unterstrichen; denn es ging nicht darum, lediglich zu wiederholen, was praktisch seit 1949, seit der Verkündung des „Truman-Punkt-IV-Programms“, zur Not der Entwicklungsländer und den Methoden der Hilfe durch die Industrieländer gesagt worden war. Es sollten vielmehr im Auftrag der Kirchen Formulierungen gefunden werden, die über säkulare Äußerungen hinauszugehen hätten, um den säkularen Regierungen sowie Regierungen nichtchristlicher Staaten mit Nachdruck die Größe der heutigen sozialen Aufgaben, des ökonomischen Ausgleichs zwischen reichen und armen Ländern, ins Bewußtsein zu bringen.

Die soziale Aufgabe der Gegenwart

Der Ausgleich zwischen den reichen und armen Ländern ist vergleichbar mit der sozialen Aufgabe des 19. Jahrhunderts, als der Unterschied zwischen reich und arm innerhalb einer Gesellschaft ähnlich groß wie heute zwischen den reichen und armen Völkern war — wie ein Mitglied der Sektion ausführte. Dieser Gegensatz im Besitzstand ist innerhalb der Entwicklungsländer heute sogar noch schärfer als in den westlichen Gesellschaften vor hundert Jahren ausgeprägt.

Im vergangenen Jahrhundert und im ersten Drittel des jetzigen war als soziale Aufgabe die Redistribution der Einkommen innerhalb der Nationen gestellt. Lohnangleichungen, progressive Steuersysteme und Steuerbegünstigungen, Sozialversicherungen, Renten, Fürsorge haben in diese Richtung gewirkt. De facto hat die christliche Forderung der Nächstenliebe in diesen Sozialgesetzen und -maßnahmen, letztlich auch in der „Erklärung der Menschenrechte“, ihre Realisierung gefunden, wengleich dies weder dem Gesetzgeber noch den Betroffenen mehr bewußt wird. Daher haben folgerichtigerweise die Sozialgesetze im christlichen Abendland ihren Ausgang genommen.

In diesem Zusammenhang wäre ferner darauf hinzuweisen, daß sich auf dem geistigen Grund der Antike, durch das Christentum neu geprägt und verstanden, im Abendland der Geist des Humanismus entwickelte. Noch ein weiteres entscheidendes geistesgeschichtliches Faktum bedingte die divergierende Entwicklung in der Welt: Gegen Ausgang des Mittelalters wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die Wissenschaft von dem Dogma der Kirche löste und der Geist zur

Forschung und zur Durchdringung der Natur befreit wurde. Damit konnte der Prozeß der Technisierung und Industrialisierung in den christlichen Staaten sehr viel früher als in den nichtchristlichen eingeleitet werden.

Die sozialen Aufgaben gehen heute über die Grenzen der einzelnen Länder hinaus, denn die Welt ist dank der modernen Kommunikationsmittel klein geworden; die reichen Länder wissen aus eigener Anschauung von der Not der armen Länder und die armen Länder von dem Wohlstand der Industrieländer. Die Not wird als Ungerechtigkeit empfunden, um so mehr als sich nach Meinung der heute notleidenden Völker die begüterten Länder einmal als ehemalige Kolonialherren auf ihre Kosten rücksichtslos bereichert hätten. Dieser soziale Ausgleich der Gegenwart, der sich gewissermaßen nicht mehr vertikal zwischen den sozialen Schichten eines Landes vollzieht, sondern horizontal die Welt umfaßt, erfordert eine internationale Solidarität. Sie wird auf der gebenden Seite spürbare Opfer, auf der nehmenden Seite die Übernahme des europäischen rationalen Denkstils, neue Systeme des ökonomischen Verhaltens, der Technologie und Wissenschaft, die der Masse der Bevölkerung heute noch wesensfremd sind, zur Folge haben. Diese Problematik impliziert ferner eine Kooperation zwischen Nationen und Rassen, Glaubensgemeinschaften, kulturellen Gruppen, Wirtschaftssystemen, die bisher kaum miteinander Berührung gehabt haben. So war es gerechtfertigt, daß die Kirche zu den Aufgaben beider Seiten und zur Versöhnung zwischen beiden Partnern Stellung genommen hat und weiter nehmen muß.

Gemäß den eingangs zitierten Forderungen wichtiger Referate hat man sich in Genf vor allem mit den Anliegen der notleidenden Völker befaßt, deren Forderungen vertreten und die Lauheit und Indifferenz der reichen Industrieländer scharf kritisiert. Von einer Solidarität oder etwa von einer Versöhnung zwischen beiden Partnern war noch nicht viel zu bemerken — häufiger allerdings in Privatgesprächen am Rand der Konferenz.

Die Diskussionen

Der Trend der Diskussionen war bestimmt von der ökonomischen Schule Professor Tinbergens, von den Forderungen des Präsidenten der Welthandelskonferenz, Raúl Prebisch, der im Plenum einen Vortrag gehalten hatte, und seiner Kommentatorin Barbara Ward, einer britischen Wirtschaftswissenschaftlerin. Die Gruppe stand unter der scheinbar indirekten und doch sehr bewußten Führung des niederländischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlers Professor Dr. Egbert de Vries. Aufgrund seiner Beratung des Ökumenischen Rates und der UNO sowie als bisheriger Direktor des Institute for Social Studies in Den Haag genießt er hohes Ansehen und ist durch seine internationalen Funktionen wohl wie kein anderer mit den sozialen und wirtschaftlichen Nöten der Entwicklungsländer vertraut. Er weiß um die Unzulänglichkeit der Hilfen, um die Emotionen, die sich auf der einen

Seite in Zurückhaltung und Gleichgültigkeit, auf der anderen Seite in Argwohn und Mißtrauen ausdrücken.

Professor Tinbergen tritt für eine „Ausdehnung nationaler Planung auf weltweite Ebene mit einer Zwischenebene für Kontinente“ ein.¹ Planung soll also Aufgabe einer internationalen Behörde werden, und er sprach in dem Zusammenhang sogar von den „Auspizien einer Weltregierung und einer Weltfinanzbehörde“. Für ihn können Christen eine besondere „Rolle im Widerstand gegen traditionelle Einstellungen liberalistischer Art spielen, wenn diese den Weg zu einer stabilen Weltordnung blockieren, und das um so mehr, als keine wie auch immer geartete Verwandtschaft zwischen der christlichen Einstellung und der einstigen Welle des ‚laisser-faire‘ besteht“.

Raúl Prebisch ergänzte Professor Tinbergen, er forderte im Interesse einer Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungsländer die Erhöhung und Stabilisierung der Preise für Grundstoffe (z. B. Kaffee, Kakao, Zinn, Gummi, Sisal usw.) Ferner verlangte er, daß die reichen Länder ihre Zollschränken weitgehend abbauen und ihre Märkte den Produkten der Entwicklungsländer öffnen und mindestens 1 v. H. ihres Sozialproduktes zur Verfügung stellen sollen. Damit wiederholte er die Forderungen der Genfer Welthandelskonferenz.

Barbara Ward steigerte seine Forderungen. Sie sprach sogar von einer Abgabe von 3 v. H. des Sozialproduktes und hielt selbst das für noch zu wenig. Sie bezeichnete die gegenwärtigen Gegensätze zwischen arm und reich als geradezu apokalyptisch, womit sie keineswegs unrecht hat. 18 v. H. der Menschheit verfügen über rund 70–80 v. H. des Weltkapitals, d. h. Macht und Reichtum sind nach ihrer Meinung praktisch in der Hand weniger Völker konzentriert. Den Grund für diese enormen Unausgeglichheiten, die sich im Laufe der letzten hundert Jahre ergaben, sieht sie in der Marktwirtschaft, „die gut geeignet war, Güter zu produzieren, aber in viel geringerem Maße, diese Güter auch zu verteilen“. Dabei ließ sie jedoch völlig unberücksichtigt, daß die geistige und soziologische Entwicklung in den heute reichen Ländern zwangsläufig früher zur Technik und ihrer Industrialisierung und damit frühzeitiger zu größerem Wohlstand als in den primär agrarisch strukturierten Entwicklungsländer führen mußte.

In den Diskussionen der ersten Tage hatte man des öfteren den Eindruck, daß sich die Vertreter der Entwicklungsländer gewissermaßen ihrer Pflichtbeiträge entledigten, in denen sie gegen den Kolonialismus und Imperialismus zu Felde zogen, allen voran Bola Ige, ein außerordentlich intelligenter Rechtsanwalt aus Nigeria.

¹ Jan Tinbergen: Europäische Perspektiven weltweiter Wirtschaftsplanung. Im Vorbereitungsband „Die Kirche als Faktor einer kommenden Weltgemeinschaft“, 1966, S. 429 ff., sowie sein Referat in Genf.

Doch gab es auch andere Stimmen: So kritisierte ein Nigerianer heftig den Lebensstandard der politischen Elite Afrikas und unterstrich weiter, daß eine Entwicklung nicht von außen gebracht werden kann, sondern von innen erwachsen muß, und zwar in Form harter Arbeit und großer Genügsamkeit, auch gerade der oberen Schichten. Auch die versöhnlichen Worte eines Vertreters aus dem Kongo wären zu erwähnen, der auf die Leistungen der Mission in Afrika hinwies. Christen sollten die Diversität der Menschheit und ihrer Nöte sehen lernen, wobei sich die Entwicklungsländer zunächst die ernste Frage stellen müßten, was sie aus eigener Kraft und Verantwortungsbereitschaft getan hätten, um ihre Nöte zu überwinden, denn auch die reichen Länder hätten Notstände, auch bei ihnen litten Menschen an Krankheit und unzureichender Bildung.

Vielleicht war es die Absicht von Professor de Vries, in den ersten Tagen alle Meinungen, oft leidenschaftlich vorgetragen, zu Wort kommen zu lassen, wobei deutlich wurde, daß man nicht von den Entwicklungsländern sprechen kann, sondern daß sie die gleiche Vielfalt wie die Industrieländer darstellen. Als Abschluß der sehr unterschiedlichen Darlegungen im Plenum der Sektion gab Professor de Vries eine umfassende und sachliche Analyse dessen, was Entwicklung und Strukturwandel, was Handelsdefizit bedeuten, und daß solche Fakten nicht mit „Neokolonialismus“ und einseitigen Gewinnen, d. h. „ungerechtfertigter Bereicherung“ identisch sind.

Charakterisierung der Entwicklungsländer durch die Sektion

Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer bleibt hinter dem erwarteten Fortschritt zurück. Eine Zwischenbilanz des im Jahre 1961 von der UNO proklamierten Entwicklungsjahrzehnts ergab, daß der Fortschritt der Entwicklungsländer das erwartete wirtschaftliche Wachstum von 5 v. H. nicht erreichte. Gleichzeitig steigt ihre Bevölkerungszahl jährlich um 2,3 v. H. (Zuwachs Westeuropas 0,7 v. H.). Infolge ungenügender Agrarerträge verschlechtert sich vor allem in den überbevölkerten Gebieten Süd- und Südostasiens die Ernährungslage, daher sprach der Direktor der FAO unlängst nicht nur von einer Stagnation, sondern sogar von einer Regression für 60 v. H. der Menschheit. Weiter steigt trotz aller Bemühungen um eine Hebung der Bildung die Zahl der Analphabeten, weil mehr Kinder in das schulpflichtige Alter aufrücken, als Schulplätze zur Verfügung gestellt werden können. Das gleiche gilt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die in großer Zahl neu auf dem Arbeitsmarkt erscheinenden Jugendlichen. Besonders prekär ist die finanzielle Lage auch aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen der Kapitalhilfe, denn der Schuldendienst, d. h. die Verzinsung und Rückzahlung hoher Summen beansprucht bis zu 50 v. H. der neuen zusätzlichen Hilfe. Dadurch wird die Kluft zwischen den hochindustrialisierten und den Entwicklungsländern laufend vergrößert.

Die Entwicklungsländer bemühen sich darum, den Vorsprung der Industrieländer in Wissenschaft und Technik aufzuholen, um den Lebensstandard ihrer Bevölkerungsmassen zu heben. Sämtliche Gebiete der Bildung, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft müssen nach dem Modell der Industrieländer modernisiert werden, was gleichbedeutend mit einem umfassenden Lernprozeß und gleichzeitiger Annahme neuer Lebens-, Verhaltens- und Denkformen ist. Doch kann sich der menschliche Geist nicht so rasch wie die Technik wandeln oder fortentwickeln, so daß Rückschläge und Fehlentwicklungen, die hinter den rational ermittelten Planzielen weit zurückbleiben, unvermeidbar sind.² Im Grunde wird übersehen, daß jeder Lernprozeß aus drei Komponenten, der Begabung, Belehrung und Einübung — einer Erkenntnis der Pädagogik des klassischen Altertums — besteht, wobei die Einübung über das Gelingen und die Dauer des Lernprozesses entscheidet. Gerade diese Phase wird jedoch bei sämtlichen Entwicklungsprozessen nicht genügend beachtet.

Stellung und Auftrag der Kirche

Wenn kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Kirche zu den sozialen Aufgaben der Gegenwart, dem weltweiten Ausgleich zwischen reichen und armen Ländern beizutragen hat, kann sie sich keineswegs darauf beschränken, im Rahmen ihrer Möglichkeiten humanitäre Hilfe zu leisten. Sie muß vielmehr in dieser Auseinandersetzung als Ermahner, Kritiker, aber auch als verbindendes Element nach beiden Seiten wirken, d. h. unvernünftige Forderungen beider Partner auf ein gerechtes Maß zurückführen.

Das setzt natürlich voraus, daß die Kirche in dieser Revolution, die letztlich den Charakter einer Evolution annehmen soll, nicht defensiv bleiben darf, sondern aktiv werden muß. Ein Mitglied der Gruppe kennzeichnete es folgendermaßen: „Sie muß zu einer Synthese zwischen Theologie und der Notwendigkeit konkreter Vorschläge gelangen.“ Konkrete Vorschläge haben allerdings eine fundierte Kenntnis der ökonomischen und soziologischen Probleme und der Eventualitäten ihrer Lösung zur Voraussetzung. Denn es wäre verfehlt, aus Liebe und aus Mitleiden mit den notleidenden Völkern impraktikable Forderungen zu erheben, wie es z. B. Barbara Ward mit der Forderung einer Abgabe in Höhe von 3 v. H. des Sozialproduktes tat. Die Finanzlage der USA, Großbritanniens, auch der Bundesrepublik, praktisch aller Industriestaaten, im Westen oder im Ostblock gelegen, zeigt, daß man auch in dieser Hinsicht real bleiben muß.

² In diesem Zusammenhang sei auf den faszinierenden Beitrag im Vorbereitungsband von Adeolu Adegbola „Vom Stammestum zur Nation“ (S. 195) hingewiesen. Diese Ausführungen vermitteln dem an afrikanischen sozialen und politischen Problemen Interessierten tiefe Einblicke in die geistigen Traditionen Schwarzafrikas, welche auch die moderne Welt bestimmen.

Auch erscheint die Vorstellung einer Weltfinanzbehörde, die die Verteilung der Mittel für Entwicklungshilfe tunlichst vornehmen sollte, oder die Erhebung einer Weltsteuer³ reichlich utopisch. Wenn sich nur einige europäische oder lateinamerikanische Staaten oder zwei benachbarte afrikanische Staaten, deren Wirtschafts- und Sozialstruktur sich ergänzen, zusammenschließen wollen, ist dies ein langwieriger und schmerzhafter Prozeß. Selbst die UNO ist nur ein Organ, das zwar einen moralischen, aber keinen rechtlichen Druck ausüben, daher keine gesetzgeberischen und Straffunktionen wahrnehmen kann.

Daher forderte die Sektion den Ökumenischen Rat der Kirchen dringend auf, fachliche und technische Studien über die Entwicklungsfragen durchzuführen. (In der Sozialkammer der EKD wurde erstmalig 1965 immerhin darüber diskutiert, ob es ihre Aufgabe sei, sich als Institution der Kirche mit Fragen der Entwicklungshilfe und -politik zu befassen, ohne daß bisher irgendwelche Maßnahmen bekannt geworden wären.) Wie soll aber die Kirche ohne Kenntnis der sachlichen Voraussetzungen über so schwerwiegende Fragen wie die folgenden entscheiden (§ 13 der Schlußfolgerungen und Empfehlungen):

- a) die Entwicklung weltweiter Institutionen, um nationale, regionale und internationale Bemühungen zur Förderung wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit zu koordinieren,
- b) die Möglichkeiten einer Übertragung der Hilfsmittel von der Rüstung auf die Entwicklungshilfe,
- c) die Möglichkeiten, ein System internationaler Besteuerung für die Weltentwicklung einzurichten.

Die Möglichkeit der Abrüstung ist ein langgehegter Wunsch der Menschheit. Die Akten der Abrüstungskonferenzen reden jedoch eine ganz andere, sehr ernste Sprache, auch wenn es zugegebenermaßen völlig logisch erscheint, statt unproduktiver Ausgaben für die Rüstung — auch in den Entwicklungsländern — einen Teil der Mittel, die für Rüstungsaufgaben bestimmt sind, für produktive Entwicklungsvorhaben zu verwenden.

Die Voraussetzung für die Erhebung einer Weltsteuer wäre eine Weltregierung, ausgestattet mit gesetzgeberischen Funktionen. Wenn Steuereinnahmen vorliegen, wer soll sie verteilen? Wie sollen sie gerecht verteilt werden? Soll das Kapital entsprechend der Qualifikation, es produktiv zu absorbieren, oder entsprechend der faktischen Not verteilt werden? Auch dafür müßte noch ein objektives Verteilungsmaß gefunden werden.

Weiter bittet die Sektion den Ökumenischen Rat der Kirchen, einen dringenden Aufruf an alle Kirchen zu richten, in dem folgende Punkte unterstrichen werden sollen:

³ § 36 der Schlußfolgerungen der Sektion I.

- a) die Dringlichkeit des Handelns zur Erreichung der obengenannten Ziele,
- b) die Nützlichkeit einer auf dieses Ziel gerichteten engen Zusammenarbeit der Christen aller Konfessionen untereinander und mit nichtreligiösen Gruppen bis hinunter zu den Gemeinden, um die öffentliche Meinung zu informieren und zu erziehen,
- c) die Notwendigkeit einer ständigen Aktivität bei den Regierungen und politischen und sozialen Gruppen ihres Landes in diesem Sinne.

In den Diskussionen des Plenums der Konferenz wurden zu scharfe Formulierungen gemildert. Grundsätzlich wurde moniert, daß zu den Bevölkerungsproblemen und der Notwendigkeit der Geburtenplanung nicht dezidiert und gründlicher Stellung genommen worden sei. Die Kirche habe auf diesem Gebiet eine wichtige Aufgabe, um so mehr, als die UNO und ihre angeschlossenen Organisationen sich einer klaren Stellungnahme und geeigneten Hilfen entziehen. Auch die Ausführungen zu den Agrarreformen, als notwendige Voraussetzung eines wirtschaftlichen Wandels, wurden als unzureichend kritisiert.

Die Ziele der Empfehlungen sind so weit gesteckt, daß man fragen muß, ob es Perspektiven sein sollen, die erst in späterer Zukunft, vielleicht im Jahre 2000, realisierbar sind. Ist die Kirche gemäß ihrem Auftrag heute verpflichtet, derartige Fernziele anzuvisieren? Sollte sie nicht besser hier und heute raten, ermahnen, ausgleichen?

Keineswegs darf die Kirche nur auf ihren Erziehungsauftrag hingewiesen werden, wie es stark in den Diskussionen geschah. Sie muß die Gewissen der Regierungen und der Gemeinden schärfen, nicht nur zu geben, sondern zu opfern. Jedoch sollte die Kirche dabei nicht auf eine irrealer Weltsteuer, wohl aber auf realere und realisierbare nationale Besteuerung und auf Konsumverzicht zugunsten der notleidenden Länder hinwirken. Das bedeutet, daß die Kirche aufgrund besseren Wissens die Gewissen für die Aufgabe des sozialen Ausgleichs, der große Opfer auf seiten der Gebenden, aber auch auf seiten der Nehmenden verlangen wird, aufrütteln muß. Dabei hat sie mit den Regierungen wie den Bevölkerungen zusammenzuarbeiten.

Trotz aller Gegensätze in den Diskussionen, die den Ernst der Weltlage deutlich machten, trotz aller Widersprüche in dem zusammenfassenden Bericht der Sektion, kann der Beitrag wohl als richtungweisend für die Aufgaben der Kirchen in dieser weltweiten Auseinandersetzung und bei der Bildung einer „weltumfassenden Solidarität“ gewertet werden.